

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erstausgabe mit Aufnahme der Grenz- und Festungsarbeiten 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungspreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch unsere Zusteller gegenbar in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post dreimonatlich 12 Mk., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postsendungen sowie andere Zusätze zum Heft werden jederzeit besorgt. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, oder sonstiger Verhältnisse kann der Zusteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Zeitungspreises.



Zeitungspreis 50 Pfg. für die gewöhnliche Ausgabe oder deren Raum, Leihpreis 20 Pfg., Anzeigen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltete Zeilen für 1.50 Mk., Fortsetzungsgebühr 50 Pfg., Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf gemachten Angaben übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Anzeigenschreiber ist verpflichtet, wenn der Antrag durch Klage eingezogen werden muß, über die Klagekosten in Rechnung gestellt zu werden.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Völsig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 260.

Dienstag den 9. November 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande der Gutsbesitzerin Minna verw. Kirchner in Birkenhain ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Als Sperrbezirk wird die Gemeinde Birkenhain bestimmt. Das Beobachtungsgebiet bilden die bereits bekanntgegebenen umliegenden j. Z. noch seuchenfreien Gemeinden. Meissen, am 6. November 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Lichtgeld für September und Oktober

ist sofort, spätestens aber bis 11. d. M., in der Stadtkasse zu bezahlen. Diejenigen Lichtabnehmer, die die Bezahlung des Lichtgeldes bisher in bar vornahmen, jetzt aber durch Giro wünschen, wollen in der Girokasse schriftliche Erklärung zur Abschreibung abgeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die preussische Landesversammlung hat die Verfassung in zweiter Lesung angenommen und sich bis zum 15. November verlagert.
- Auf Anfrage hat das Reichs-Kabinett beschlossen, daß am 9. November in den Reichsbetrieben und -behörden nicht gearbeitet wird.
- Durch Vereinbarung der Parteien der Landesversammlung ist der 13. Februar endgültig als Wahltag für Preußen festgesetzt worden.

Die Hand zur Verständigung.

Kach vielen unfruchtbaren und undankbaren Parteistreitigkeiten wieder einmal ein Akt der Verständigung. Die dem Reichstag angehörenden Universitätslehrer, mit Ausnahme derjenigen, die in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei sitzen, haben sich zu einer gemeinschaftlichen Antwort auf die Kundgebung der Oxford Gelehrten zusammengesetzt, zu einer Antwort, mit der man sich in Inhalt und Ton nur einverstanden erklären kann. Die Wissenschaft kennt nur ein Ziel: die Erforschung der Wahrheit; damit beginnen sie. Zur Lösung dieser einzigen Aufgabe bedarf sie der gemeinsamen Arbeit aller aller Grenzen der Staaten hinaus. Der Weltkrieg hat die gemeinsame Arbeit unterbrochen und viele persönliche Bande gelöst. Wir sind bereit, sie wieder zu knüpfen und durch gemeinsame Arbeit vergeffen zu machen, was in beiden Lagern verletzendes geschrieben und gesprochen wurde. Auch unter Hohen richtet sich auf die Zukunft. Ihre Aufgaben sind nach den bitteren Erfahrungen der Menschheit in der Vergangenheit größer und dringlicher als je. Würde die wissenschaftliche Arbeit das Ihrige dazu tun, den Geist der Menschheit, der Verständlichkeit und der gegenseitigen nationalen Achtung zu fördern, ohne den der Wiederaufbau der niedergeborenen Welt unmöglich ist. Man sieht, eine Kundgebung, der es ebenso wenig an Würde wie gutem Willen fehlt. Daß die Akademiker der deutschnationalen Volkspartei sich ihr nicht anschließen können, kann danach nur aus allgemeinen Gründen zu erklären sein, nicht aus Gründen ihres Wortlautes oder ihrer Tendenz. Von einem Wunsch nach Wahrung der Würde kann man in diesem Fall auch nicht sprechen, da ja der erste Schritt von England aus geschehen ist. Die Oxford-Professoren haben zwar, als sie ihre Briefe an die Vertreter der deutschen Wissenschaft veröffentlichten, noch ganz auf eigene Faust gehandelt, und der Vizelanzler ihrer Unversität heizt sich, kaum daß der erste Sturm darüber in der englischen Öffentlichkeit laut wurde, zu versichern, daß seine Hochschule als solche und ihre amtlichen Organe mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun hätten. Trotzdem bleibt es dabei, daß hier zum ersten Male angesehenen Männer der britischen Wissenschaft den Wunsch nach Verständigung mit ihren deutschen Fachgenossen ausgesprochen hatten. Ein Vorgang, der nicht unbeachtet bleiben dürfte. Freilich könnte höchstens sein, ob die Antwort nicht gleichfalls von einer bestimmten deutschen Hochschule ausgehen müßte, oder von irgendeiner der vielen Organisationen, die das deutsche Hochschulleben unrauten. Warum dieser Weg, der eigentlich der nächstliegende war, nicht gewählt worden ist, wird vielleicht in Erfahrung zu bringen sein. Möglich, daß man ein rasches Handeln für erforderlich hielt, und daß man den etwa schon in Gang gekommenen Bemühungen rein akademischer Kreise irgendeine Aktion in dieser Frage aufzudecken, mit der jetzt veröffentlichten Erklärung zu Hilfe kommen wollte. Man scheint da an das Verhalten der weiblichen Abgeordneten zur Weimarer Nationalversammlung gedacht zu haben, die ja auch in Fragen höchster Menschlichkeit über alle sonstigen Parteiforamen hinweg sich manchmal zusammensetzten und das Gewissen der Welt ausgerichtet hatten. Ein Versuch, der gewiß nicht im entferntesten zu dem Ziele geführt hat, das man damals im Auge hatte, der aber trotzdem wiederholt werden mag, sobald sich wieder einmal die Gelegenheit dazu zu bieten scheint. Daß wir nur sehr allmählich wieder zu dem früheren

weiterverreicht zugelassen werden dürfen, ist uns allen ja ohnedies nachgerade klar geworden; daß, wenn von drüben her Anregungen dazu gegeben werden, nicht immer bloß uneigennütige Erwägungen im Spiel sind, wissen wir auch. Aber das wechselseitige Geden und Nehmen im Austausch von Gedanken, Erfahrungen, Beobachtungen ist es ja gerade, das zum größten Schaden der Allgemeinheit so viele Jahre hindurch verfehlt hat, das wir deshalb wieder anbahnen müssen, wenn der Verlauf der menschlichen Gemeinschaftsarbeit wieder in Gang kommen soll. Daß England auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums aus Gründen der Nichterfüllung des Friedensvertrages fernhin verstanden will, geschieht ja auch nicht zum Heilen der vollkommenen Uneigennütigkeit seiner geschäftlichen Bemühungen, durchaus nicht, das versucht England selbst nicht einmal der Welt einzureden. Es geschieht, um der zunehmenden Abwanderung des internationalen Bankverkehrs von London nach New York, was Deutschland betrifft, Einhalt zu tun. Trotzdem dürfen wir uns dieser beginnenden Einseitigkeit natürlich freuen, denn sobald England seine Haltung auch gegenüber dem vor dem Kriege eingetragenen deutschen Eigentum abändern wird, werden unsere Geschäftsleute gewiß auch bereit sein, sich die Sache von neuem zu überlegen. Was die deutsche Wissenschaft für die Allgemeininteressen der Welt bedeutet, das zu unterschätzen fällt dem praktischen Sinn der Engländer durchaus nicht ein. Soweit und solange Vorsicht im Verkehr mit ihnen auch unseren Gelehrten noch geraten werden muß, wird es Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit sein, unangenehm vor Überstellung und Sorglosigkeit zu warnen. Aber der Anfang müßte schließlich einmal gemacht werden, und der deutschen Erklärung, wie sie heute vorliegt, läßt sich nachrücken, daß sie unseren nationalen Interessen mit keinem Worte zu nahe tritt. Sobald diese Voraussetzung aber gewährt wird, soll man jede Hand, die sich uns zur Verständigung darreicht, rühlig ergreifen. Die deutsche Erklärung trägt neben der Unterschrift des Sozialisten Radbruch die Namen von Männern wie Kahl und Meier, die der deutschen Volkspartei angehören. Man kann nur wünschen, daß sich noch recht oft Gelegenheiten finden möchte, um die unglückseligen Parteigegeßnisse zu überwinden, an denen wir sonst zugrunde gehen müssen.

Der gewerbliche Achtfundentag.

Feststellung des Gesetzesentwurfs. Seit einiger Zeit befindet sich der Entwurf des Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter bei den zuständigen Ministerien in Vorbereitung. Jetzt ist der Entwurf durch die Referenten fertiggestellt, und vor einigen Tagen hat bereits eine Besprechung zwischen den Vertretern der Ministerien und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern stattgefunden. Wer ist gewerblicher Arbeiter. Als gewerbliche Arbeiter gelten im Sinne dieses Gesetzes alle diejenigen, die in einem gewerblichen Betriebe einschließlich der des Handelsgewerbes und des Bergbaus und den Betrieben des Reiches, der Länder und der Kommunen auf Grund eines Vertragsverhältnisses als Gezellen, Gehilfen, Lehrlinge, Werkmeister, Techniker oder Fabrikarbeiter beschäftigt sind. Ausgenommen von dem Gesetz sind ausdrücklich Personen, die Vorgesetzte von mindestens 50 Arbeitnehmern sind. Das Gesetz findet weiter keine Anwendung auf Betriebe, in denen lediglich Familienangehörige beschäftigt werden, auf die in der Heimarbeit beschäftigten Personen werden die Bestimmungen des Gesetzes ebenfalls nicht angewendet.

Arbeitszeit.

Der § 3 des Gesetzes bestimmt, daß im allgemeinen die Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden einschließlich der Pausen nicht überschreiten darf. Es heißt dann in dem Gesetz: Wenn an einzelnen Werktagen, insbesondere an den Tagen vor Sonn- und Festtagen, im Betriebe weniger als acht Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann das Fehlen an Arbeitsstunden dadurch ausgeglichen werden, daß die Arbeitszeit an den übrigen Werk-

tagen der gleichen Wochen verlängert wird, jedoch darf die Gesamtzahl der Arbeitsstunden an den sechs Werktagen einer Woche nicht mehr als 48 Stunden und an den einzelnen Werktagen nicht mehr als neun Stunden betragen. Eine längere Arbeitszeit, jedoch nicht über elf Stunden täglich, ist in solchen Fällen nur dann zulässig, wenn sie infolge außergewöhnlicher Betriebsverhältnisse unvermeidbar ist und ihre Einführung innerhalb drei Tagen dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergaufsichtsbeamten zur Kenntnis gebracht wird. Für die mit Schichtwechsel arbeitenden Betriebe ist festgesetzt, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter, die die sonstiglich notwendigen Arbeiten ausführen, im Durchschnitt dreier Wochen 56 Stunden wöchentlich nicht übersteigen darf. Diese Betriebe werden durch den Reichsarbeitsminister besonders bestimmt. Paragraph 6 unterlag den Arbeitnehmern, die in einem Betriebe vollbeschäftigt sind, in ihrem oder einem anderen Berufe ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber einzugehen. Die Arbeitgeber dürfen nicht gestatten, daß ihre Arbeiter nach Ablauf der gesetzlichen Arbeitszeit auf eigene Rechnung im Betriebe weiter arbeiten. Bei außergewöhnlicher Schöpfung der Arbeit kann auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe eine abweichende Regelung der Arbeitszeit der über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen an 60 Tagen im Jahre durch den zuständigen Aufichtsbeamten mit Rücksicht zugelassen werden. Unter Umständen ist auch eine Ausdehnung auf 90 Tage zulässig.

Die Wirtschaftslage der Eisenbahn.

Traurige Finanzlage.

In Berlin tagte unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers der auf Grund eines Reichstagsbeschlusses gebildete Sachverständigenrat zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen. Neben einer großen Zahl von Einzelfragen wurde insbesondere die Organisation der Reichseisenbahnen, ihre Personalpolitik und vor allem die finanzielle Lage der Eisenbahnen erörtert. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß neben äußerster Beschränkung der Ausgaben danach getrebt werden müsse, die Einnahmen zu steigern. Die Tarife im Personen- wie im Güterverkehr seien der allgemeinen Preissteigerung nicht gefolgt und trügen der in den letzten Jahren eingetretenen Geldentwertung keine Rechnung. Deshalb müsse trotz der damit verbundenen Belastung für das Wirtschaftsstreben ernstlich geprüft werden, ob nicht eine nochmalige Tarifserhöhung angebracht sei. Für die weitere Erörterung der zahlreichen Fragen, die der Beirat beraten wird, sind drei Ausschüsse gebildet worden, die mit je neun Mitgliedern des Beirates besetzt sind. Der Tarifauschuss wird alle Fragen bearbeiten, die sich auf die Steigerung der Einnahmen beziehen. Der Wirtschaftsausschuss wird die Wirtschaftsführung der Eisenbahnen hinsichtlich ihrer Ausgaben bearbeiten und die Fragen der Personalpolitik und der Verwaltung in den Kreis seiner Beratungen ziehen. Der Verhältnisausschuss soll die wirtschaftliche Gestaltung des Werkstättenwesens und die Fragen der Organisation der Reparaturwerkstätten der Eisenbahnen erörtern. Die Ausschüsse werden ihre Tätigkeit alsbald beginnen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Entente und Selbstschutzorganisationen. In einer Note an die Reichsregierung verlangt die Seeres-Kontrollkommission der Entente, daß ihr von denjenigen Maßnahmen Mitteilung gemacht wird, die die deutsche Regierung zu treffen gedenkt: 1. Um die Entwaffnung der „Selbstschutzorganisationen“ zu beschleunigen, 2. Um die Auflösung und Verflechtung dieser Organisationen sicherzustellen. Sie erludt ferner, ihr sobald als möglich mitzuteilen, a) die Gesamtsumme der von den „Selbstschutzorganisationen“ angemeldeten Waffen, b) die Gesamtsumme der „schweren Waffen“, die von diesen Organisationen abgegeben worden sind.

Einsetzung eines nationalen Trauertages. Für die im Kriege Gefallenen wird als Gedenktag die Einführung eines nationalen Trauertages in parlamentarischen Kreisen einstimmig empfohlen. Ein dahingehender Antrag der Parteien ist in Vorbereitung.

Die Abstimmung in Oberschlesien wird nach einer Mitteilung des internationalen Ausschusses in Oppeln Mitte April stattfinden. Die Besatzungsstruppen sollen für die Zeit der Abstimmung verläßt werden, da man Unruhen nach Befreiung des Abstimmungsergebnisses befürchtet. Die Abstimmung wird in den deutschen Kreisen Oberschlesiens als keine leichte Arbeit angesehen, da die Polen, die früher von ihren Stammesbrüdern im eigentlichen Polen nicht willkommen waren, heute sehr nationalistisch gesinnt sind und keine Anstrengungen scheuen, sich dem alten Vaterlande Polen anzuschließen.

Keine Schließung von Universitäten. Die von Zeit zu Zeit in der Presse immer wieder auftauchende Meldung, wonach eine Schließung deutscher Universitäten beabsichtigt sei, entbehrt jeglicher Begründung. Weder seitens des preussischen Kultusministeriums noch von seitens irgendeiner anderen maßgebenden behördlichen Stelle ist eine Schließung der Universitäten beabsichtigt.

Amerika.

Wilson's Rücktritt gefordert. Die Stimmen mehren sich, die eine sofortige Abdankung Wilsons verlangen. Sogar aus seinem eigenen Lager kommen solche Vorschläge. So rät Bryan, daß Marshall den Präsidenten vertreten könnte, der dann Harding zum Staatssekretär ernennen müßte, und darauf selbst zurücktreten müßte, so daß Harding auf diese Weise automatisch sofort die Präsidentschaft antreten könnte. Im Kongreß würde Harding einen Plan vorlegen, wonach die Vereinigten Staaten einem Nationenbündnis beitreten wollten, der den Frieden der Welt garantierte, und zwar könnte dieser Bund so gestaltet werden, daß selbst Wilson sich darüber freuen würde.

Waltiger Friedensschluß mit Deutschland. Man meinet aus Newport, daß der Versailles Friedensvertrag dem Senat nicht wieder vorgelegt werden wird. Der neue Kongreß wird vielmehr unmittelbar nach seinem Zusammentritt eine Erklärung über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland abgeben.

Hardings Mehrheit. Im ganzen sind bei der Präsidentschaftswahl etwa 28 Millionen Stimmen abgegeben worden, darunter 9 Millionen Frauenstimmen. Hardings Mehrheit beträgt rund fünf Millionen Stimmen. Ferner heißt es in einem Gläubigerschreiben an Harding, 6 Millionen Amerikaner deutscher Abkunft hätten für ihn gestimmt.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung. CR. Berlin, 6. November.

Die politische Aussprache über den Haushaltsvoranschlag des Reiches wurde gestern beendet nachdem noch der bayerische Finanzminister Abg. Eisenberger die Revision der Weimarer Beschlüsse gefordert und betont hatte, es sei bedauerlich, daß so viel Reaktionsäre nach Bayern gekommen seien. Dagegen müsse schließlich Stellung genommen werden. Im übrigen polemisierte der Redner gegen die Vorherrschaft Berlins.

Das Gesetz zur Abänderung des Weingesetzes wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Das Gesetz über die Wirtschaftsbewilligung für die Beamten in den besetzten Gebieten geht an den Haushaltsausschuß.

Der Ausschuss hat sich dahin schlüssig geworden, nach der heutigen keine Vollstreckung mehr bis zum 1. Okt. und 1. Okt. 17. November, abzuhalten und am 18. November 1920 mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlags im Plenum zu beginnen. Während der Pause soll der Haushaltsausschuß die ihm übertragene Arbeit erledigen.

Eupen, Malmedy, Rheinland.

Auf der heutigen Tagesordnung steht eine Interpellation Schiller (Dem.), die von allen übrigen Parteien, mit Ausnahme der Linken abhängigen, unterstützt wird. Darin wird gefragt, welche Stellung die Reichsregierung gegen den Beschluß des Rätebundes einnimmt. Belgien endgültig die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy zuzugewinnen. Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation Kroll (Dem.) über die Lage in dem besetzten Gebiet des Rheinlandes.

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort der Zentrumsabgeordnete Dr. Sell.

Redner fährt an der Hand der vertraglichen Bestimmungen aus, daß die Zuerstung Eupen und Malmedy an Belgien den Bestimmungen der abschließenden Verträge absolut widerspreche. Er wendet sich der Rheinland-Interpellation zu und verlangt, daß die im Haushaltsauschuß von den Vertretern des Reichsausschusses bereits genannten Äußerungen über die Höhe der Besatzungskosten noch etwas eingehender erläutert werden. Die Zahl der fremden Besatzungsstruppen allein im besetzten Rheinland übersteige die Zahl der uns selbst im Friedensvertrage für ganz Deutschland ausgeübten Reichswehrstruppen. Man frage sich, welchen Zweck die Besetzung in einem so beispiellosen, unerbundenen Umfang haben solle. Redner führt aus, daß sich hinter dieser harten Forderung Machtgier und Ambitionsabsichten verbergen. Er verweist insbesondere auf die unmaßlose Beschlagnahme von Grund und Boden und von Häusern und Wohnungen durch die Entente im besetzten Rheinland.

Reichsminister des Innern Dr. Simons: Die schwere Not der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy hat im ganzen deutschen Volk warmes Mitgefühl erweckt. Die Reichsregierung hat dem Rätebündnis ein Weisbuch mit reichem urkundlichen Material über das Verhalten der belasteten Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung zugefickt. Sie hat beantragt, diese Volksbefragung für unzulässig zu erklären und eine freie, unbeeinträchtigte Volksabstimmung vorzulegen. Wir wollen nicht, ob unser Material überhaupt gedruckt worden ist. Unsere Versuche, darüber Auskunft zu erhalten, sind gescheitert. Der Rätebündnis meint, daß seine Abstimmung für Deutschland in Eupen und Malmedy bestehe, weil sich von 82.000 Seelen nur 21 Einwohner eingetrieben haben. Diese Zahlen beweisen gerade, daß die Abstimmung nicht in der richtigen Form vorgenommen worden sein kann. Die Entscheidung über Eupen und Malmedy kann nur durch die Rätebündnisversammlung getroffen werden, umso mehr, als der Rätebündnisrat selbst nicht einmal nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zusammengekehrt ist. Die Vereinigten Staaten sehen darin, und das ist sehr wichtig, weil für die Gültigkeit der Beschlüsse des Rätebündnisses Einmütigkeit erforderlich ist. In der gegenwärtigen Zusammenkunft ist

der Rätebündnisrat unzureichend, eine Vertretung der Siegerstaaten.

Die Regierung hofft, daß der Rätebündnisrat endlich eine eingehende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt und von der Grundlegung der Gerechtigkeit, ohne die es einen Rätebündnisrat nicht geben kann, bei seinen Entscheidungen nicht abweicht.

Abg. Kroll (Dem.): In dieser Frage sind wir alle einig. Es handelt sich beim Rheinland um eine Lebensfrage für Deutschland. Auch über die Wahl-Vorgänge werden nicht die Urnen geschlossen werden können, bis dieser deutsche Stamm durch eine Abstimmung seine Meinung kundgeben hat. Auch das Saarland ist ferndeutlich. Wir Rheinländer sind ein gut deutscher Stamm. Wir lehnen jede übertriebene Grenzverengung ab, aber man kann nicht ein kulturell hochentwickeltes Land 15 Jahre wie ein Kolonialgebiet behandeln.

Reichsminister des Innern Kroll erwiderte, er könne mit Freude feststellen, daß in den Rheinlanden die deutsche Einheitsfront aufrechterhalten worden sei. Der Minister fragte weiter über die Höhe der Besatzungskosten und gab der Öffnung auf Verminderung dieser Kosten Ausdruck.

Abg. Sellmann (Soz.) betonte gleichfalls, daß seine Partei an der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich unbedingt festhalte. Außerdem sprach der Abg. Oberjochen (Deutsch-nat.), der ebenfalls den Wunsch äußerte, daß die Rheinlande unerschütterlich zum Reich gehören.

Nach weiteren Auseinandersetzungen wurde die Debatte geschlossen und der Reichstag vertagte sich auf Donnerstag, den 18. d. Mts.

Strafanzeige gegen Erzberger.

Verdacht der Steuerhinterziehung.

Wie verlautet, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet und zwar zunächst wegen des dringenden Verdachts der Steuerhinterziehung.

Begründet wird die Anzeige damit, daß nach der Zurückziehung des Strafantrages Erzberger gegen Dr. Völz und nach seiner Erklärung, daß er sich auf den Weg der Retoaktanz nicht lassen lassen werde, eine gerichtliche Klärung der Steuerangelegenheit Erzbergers auf anderem Wege nicht möglich sei. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr Erzberger bei auswärtigen Banken sehr erhebliche Guthaben gehabt hat, so bei einer Wiener Bank Guthaben in Höhe von annähernd 400.000 Kronen, auch bei Schweizer Banken hat Herr Erzberger sehr erhebliche Guthaben gehabt. Die meisten dieser Banküberweisungen Erzbergers an

auswärtige Banken werden von ihm mit politischen Zwecken begründet, nur bei zwei Überweisungen an Schweizer Banken im Betrage von etwa 250.000 Mark werden keinerlei Zwecke angegeben, so daß man in diesen Fällen annehmen muß, daß es sich um private Gelder Erzbergers handelt. Die Anzeige bildet die Staatsanwaltschaft, durch Vermittlung des Anwaltes Anstet festzustellen, ob die Angaben Erzbergers, daß es sich um Gelder des Reiches handele, die zu politischen Zwecken verwendet werden sollen, den Tatsachen entsprechen. Ferner wird die Staatsanwaltschaft ersucht, festzustellen, ob bei den Schweizer Überweisungen Erzbergers die steuerlichen Vorschriften erfüllt sind. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, nachdem sie nunmehr amtlich von den Beweismitteln gegen Erzberger Kenntnis erhalten hat, gegen diesen das Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Berlin ohne Kraft und Licht.

Berlin, 6. November.

Als die Berliner heute früh aufstanden, wartete über eine große, keineswegs angenehme Überraschung. Keine elektrische Straßenbahn zählte sich, vergebens drehen die Hände am Lichtschalter, die Birnen bleiben dunkel und in den Betrieben gab es keinen Strom, um die Maschinen in Gang zu setzen und damit die Arbeit ausmachen zu können.

Ein in der Nacht zum Ausbruch gekommenen Streik der Elektrizitätsarbeiter hatte mit einem Schläge das öffentliche Leben wenigstens teilweise zum Stillstand gebracht. Die Ursachen zu der so unvermutet hereingebrochenen Katastrophe waren Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Der Einigungsaußschuß hatte am Donnerstag einen Schiedsspruch beschlossen, der folgendermaßen lautete: „Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter erhalten 50 Pfennig die Stunde mehr. Der im Tarif vorgesehene Begriff „Schwerarbeiter“ fällt weg. Alle übrigen städtischen Arbeiter erhalten 20 Pf. die Stunde mehr. Ausgenommen von der Lohnhöhe sind die in Kraft und Logis befindlichen Arbeiter und die Jugendlichen bis zu 17 Jahren.“ Die Zugeständnisse befristeten die Stadt jährlich mit einem Mehraufwande von 44 Millionen Mark. Es wurde beabsichtigt, die Straßenbahnfahrkarte sowie die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität ebenfalls zu erhöhen, um diese neue Ausgabe decken zu können.

Der Schiedsspruch befristete die Arbeiter nicht. Die Arbeiterfunktionäre haben ihn allerdings angenommen. Die Arbeiter aber haben Urabstimmung über den Schiedsspruch verlangt, und eine Versammlung der Elektrizitätsarbeiter am Freitag abend beschloß den Streik, der also als ein müder anzusehen ist. Da sämtliche Werke, darunter auch das Rummelsburger Kraftwerk, streiken, wird auch die Stromversorgung von Golpa-Bitterfeld unterbrochen. Man hatte in der Versammlung ursprünglich den Vorschlag gemacht, die Stromerzeugung sofort einzustellen, doch wurde der Einwand gemacht, daß dadurch sämtliche Straßenbahnen auf den Straßen bleiben würden. Nach Berechnungen mit dem Betriebsrat der Straßenbahn entschloß man sich, die Wagen in die Depots zurückzuführen zu lassen und um drei Uhr nachts die Betriebe zu verlassen.

Die Haltung der Gemeindeglieder nach dem Schiedsspruch ist auch nach Auslösung des Streiks nicht einheitlich — wenigstens nicht bis zur heutigen Mittagsstunde. Sämtliche Wasserwerke, soweit sie nicht wegen Strommangel den Betrieb einstellen mußten, arbeiten weiter; ebenso arbeiten die Gaswerke. Aber die Stellungnahme zum Schiedsspruch wird eine Abstimmung in den Wasserwerken stattfinden, das Ergebnis der Abstimmung ist jedoch voraussichtlich nicht vor Sonntag zu erwarten.

Einstellung des Fernsprechbetriebs.

Schon am frühen Morgen waren einige Ämter geschlossen, wegen mangelnden Stromes ihre Tätigkeit einstellen. Gegen Mittag folgten mehrere andere und man befürchtet, daß im Laufe des Tages der gesamte Fernsprechbetrieb zum Erliegen kommen wird. Die Vermählungen der Streikleitung der Elektrizitätsarbeiter, auch die Abreise in den Vorort-Elektrizitätswerken in die Bewegung hineinzu ziehen, haben zum Teil Erfolg gehabt. Vormittags haben die Arbeiter der städtischen Werke in Neukölln und Lichterberg die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter des Südwest-

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

„Strachwitz ist ein toller Bursche gewesen, das ist wahr — aber er ist stets Kavalier geblieben; etwas Chlofes hat er sich nie zu schulden kommen lassen!“

— und Du mein Freund,“ fuhr sie lächelnd fort, „oder ist jene pikante kleine Episode mit der hübschen Putzmaierin ganz aus Deinem Gedächtnis entschwinden?“

„Gut!“ fuhr Wolf auf, dunkelrot werdend.

Sie schätzte höhnlich die Lippen, daß die weißen Zähne hervorschimmerten; dadurch erhielt ihr Gesicht einen kalten, grausamen Ausdruck. Unerwarteter Dohn klang aus ihrer Stimme, als sie in nachlässigem Tone weiter redete. „Greife Dich nicht, mein Gebieter, ich trage Dir ja die Geschichte nicht nach. Besser vor der Ehe eine Liebschaft haben, als während derselben.“

„Ich habe nie eine Geliebte gehabt, hatte weder Neigung noch Geld dazu!“

Trensch lächelnd prüfte sie ihren Gatten mit den Augen so beredt, daß er sich auf die Lippen bis — sei doch nicht gar so naiv, mein Freund! Kein Geld? Muß denn die Liebe immer gekauft werden? Sieh Dich an, mein Schatz, und denke besser von Dir! Vielleicht bist Du auch ohne Geld bezehrensamer wert für Frauen! Ich weiß, Du hast viele Verehrerinnen, denen Du es mit Deinen schwermütigen Augen angetan hast; die kleine Baronin Schellbach zum Beispiel betet Dich an! Wenn Du auch nicht mehr ganz „der schöne Wolfsburg“ bist! Die kleine Putzmaierin hatte wirklich keinen so üblen Geschmack!“

„Gabriele, ich verbiete Dir, in solch frivolem Tone zu reden!“ Wolf mußte Gewalt üben, sich zu beherrschen.

„Nieder Schatz, mache Dich doch nicht lächerlich!“ sie hielt ihr Spigentäschchen vor den Mund, wie um das Lachen zu unterdrücken, das ihr bei seinen Worten ankam; ihre üppige Gestalt lag noch immer in lächelnder Nähe in dem Schaulustig. „Nein, es ist doch komisch, wie Du Dich um solche Lapalie aufregst! — Wo ist denn jetzt die schöne Mary? Ohne Zweifel wirst Du von ihrem Aufenthalt unterrichtet sein. Erzähle mir!“

„Kein Wort mehr! Ich begreife Dein unfeines Benehmen nicht!“

„...unfein? Und warum, Schatz? Weil ich mich nach Deinem früheren Liebchen erkundige, das so geschmackvoll Hüte zu garnieren verstand? Sage doch lieber — vorurteillos! Du kannst es doch einmal nicht ablegen — gib Dir darum keine Mühe — die ganze Stadt wußte ja von Deinen romantischen Stelldichens auf dem Friedhof mit jenem Geschöpf. Fürwahr ein seltsamer Geschmack, die Wahl dieses Ortes.“

„Nun gut, Gabriele,“ sagte er bebend vor Erregung, indem er ihr einen Schritt näher trat und sein großes Auge voll auf sie richtete, die sich lächelnd in ihrem Stuhl würgte und ihre weißen, mit kostbaren Ringen geschmückten Hände betrachtete, „nun gut, wenn Du einmal so genau unterrichtet bist, will ich Dir auch die ganze Wahrheit sagen. Ja, ich habe Mary Winters gekannt und über alles geliebt! Sie war aber nicht mein Liebchen in dem Sinne, wie Du denkst. Dazu war sie zu rein und unschuldig.“

„Denkst Du, ich glaube, daß Du wirklich nur eine platonische Liebe für jenes Geschöpf gehabt hast? Halte mich nicht für so einfältig,“ erwiderte sie erregt. „Es kränkte sie, jenes Bekenntnis seiner Liebe zu einer anderen zu hören, „ich kenne die Welt und weiß, wie ihr Männer es treibt. Du machst auch keine Ausnahme.“

„Denke so gewöhnlich und schlecht von Mary wie Du willst, Gabriele, das fällt ja nur auf Dich zurück,“ erwiderte er ruhig, „damit kannst Du jenes engelreine Wesen doch nicht beleidigen! Sie ist so hoch über Dir, daß — er kam nicht weiter; wie eine Furie war sie aufgesprungen und stand zitternd vor Wut vor ihm, der mit über der Brust gekreuzten Armen am Rahmen der Tür stand und verächtlich auf sie blickte.“

„D. Du — Du wagst es, mich in einem Atem mit Deiner Geliebten zu nennen, mich mit ihr zu vergleichen,“ riefte sie, „mich vielleicht in den Armen jenes engelreinen Wesens zu verspotten — o wie ich Dich verabscheue!“

„Mähige Dich, Gabriele,“ entgegnete er, sie fest um das Handgelenk fassend, „mähige Dich! Du bist im Unrecht mit Deiner Annahme — ich weiß nichts von Mary Winters; mein Wort darauf; sie ist tot für mich.“

„Du liebst sie aber doch noch —“

„Ich habe sie nie vergessen können, und Du hast es nicht vermocht, die Erinnerung an sie aus meinem Herzen

zu verdrängen. Vielleicht war es meine Schuld mit — gleichviel,“ er zuckte die Achseln — „wir wollen nicht mehr darum rechten!“

„Und warum hast Du das Mädchen nicht geheiratet, wenn sie dir teuer war?“ fragte Ella lauternd.

„Erlaß mir die Verantwortung dieser Frage!“

„Nun wohl, dann will ich sie beantworten! Ich weiß alles. Weil sie kein Geld hatte, deshalb hast Du sie einfach sitzen lassen und lieber, um Dich recht weiß zu betten, die Tochter des reichen Bankier Ulrich heimgeführt — ist es nicht so? Dessen Geld war Dir hochwillkommen, während —“

„Kein Wort weiter, Gabriele,“ sagte er so finster und drohend, daß sie unwillkürlich verstummte. „Ich gebe jetzt und lasse Dir Zeit, Dein Benehmen und Deine Worte zu überlegen — so gewinnt und erhält man sich die Liebe des Gatten und seine Achtung nicht! — Gute Nacht!“ Er verneigte sich leicht und ging.

„Das, das wagt er mir zu bieten — er, den ich vor der Schande gerettet habe“, knirschte sie, „o, das werde ich Dir gedenken, und jene Putzmaierin, die so hoch über mir steht —“ sie zerrte in ihrer Wut das kostbare Spitzenstück in ihrer Hand, „wie erhaben er tut und stolz — o, ich hasse ihn —“

Fastig eilte sie in ihre Schlafzimmer und entledigte sich des kostbaren Gesellschaftsleides, das sie noch trug. Während dem lauschte und wartete sie auf das Kommen des Gatten; es war doch wirklich Zeit zum Schlafengehen. Sie schlüpfte in ihren Schlafrock und schlich sich zu seinem Zimmer — alles still darin. Dann bückte sie sich, um durch das Schlüsselloch zu sehen; aber der Vorhang vor der Tür hinderte sie, etwas zu erblicken. Leise öffnete sie die Tür und trat ein. Wolf saß an seinem Schreibtisch, in etwas vertieft und hörte sich nicht. So gelang es ihr, unbemerkt näher zu kommen. Stierig blickte sie über seine Schulter und sah ein Bild in seiner Hand, auf das er unentwandt blickte. Ein tiefer Seufzer hob seine Brust und sie sah eine Träne auf die Tischplatte fallen. Ihr heißer fliegender Atem streifte da seine Wange; hastig drehte er sich und sprang sofort auf, als er seine Frau neben sich gewahrte. „Du hier?“ stieß er mühsam hervor. Sie senkte die Augen. „Warum wunderst Dich das so?“ fragte sie leise.

Fortsetzung folgt.

wertes, das die westlichen Vororte, Schönberg und
Dürensdorf versorgt, haben es abgelehnt, den wilden
Streik mitzumachen. Das Charlottenburger Elektrizitäts-
werk ist zur Stunde ebenfalls noch in Betrieb.

Ein Kommunist als Streikführer.

Von amtlicher maßgebender Stelle wird einem Mitglie-
der erklärt, daß der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter
auf die Höhe des kommunistischen Sylls zurückzuführen
ist, eines von russischem Gelde lebenden Menschen. Die ge-
samten Arbeiterführer sowie alle Gewerkschaften sprechen sich
gegen diesen wilden Streik aus. Man erwartet, daß die
Technische Nothilfe noch im Laufe des Tages eingreifen
wird. In den Krankenhäusern traten schon heute früh er-
hebliche Störungen ein. Ohne Eingreifen der Technischen
Nothilfe würden jedoch von Sonntag ab Operationen u. a.
nicht mehr vorgenommen werden können.

Wiederbelebung der deutschen Schiffahrt.

In New York traf am 6. November ein
Hamburg der Dampfer „Sophie Kilmers“ als
erstes Schiff unter deutscher Flagge ein. Das
Schiff kam mit Ballastladung und wird bald
mit einer Ladung amerikanischer Güter wieder
abfahren.

Mit bewunderungswürdiger Energie ist man in Deutsch-
lands größten Seehafen, Hamburg, daran gegangen, zu
konkreten und die zusammengebrochene deutsche Seeschiffahrt
wieder aufzubauen. Der Erfolg ist denn auch nicht aus-
geschlossen. Die Statistik über den Hamburger Schiffverkehr
für die Monate Januar-September zeigt folgende Zahlen
des einflussreichen Schiffraumes in Netto-Registertonnen:
1918: 10 689 451, 1919: 972 473, 1920: 2 904 012. Gegen-
über dem gleichen Zeitraum im Vorjahre ist demnach eine
Zunahme von 1 931 539 Netto-Registertonnen zu verzeichnen.
Um recht erfreuliches Ergebnis.

Aber zwei Umstände sind geeignet, Wasser in den Wein
der Freude zu gießen, einmal der Vergleich mit dem Umfang
des Schiffverkehrs in der Vorkriegszeit und dann die Zu-
sammensetzung der Handelsflotte nach Nationalitäten. Die
deutsche Volkswirtschaft bedarf heute der Einfuhr von Roh-
stoffen und Fabrikaten, während andererseits eine ausreichende
Einfuhr nur möglich ist durch eine entsprechende Ausfuhr
deutscher Waren. Die Gegenüberstellung der Jahre 1920
und 1913 gibt also in wenigen Zahlen ein klares Bild von
dem ungenügenden Versorgungsgrad der deutschen Volkswirtschaft
unterhalt und die Beschäftigung des deutschen Volkes.
Trotzdem noch ein zweiter Umstand besteht uns die bitteren
Lektionen, daß sich alle Grundlagen unseres Lebens ver-
ändert haben. Während nämlich im Jahre 1913 die
deutsche Waren- und Ausfuhr nach bzw. von Übersee
zum größten Teile auf einheimischen Schiffen erfolgte,
bestehen in unseren Häfen heute die fremden Flaggen.
Von den 66 Linien, die Ende September von Hamburg
aus den Weltverkehr wieder vermitteln, wurden 45 von
fremden Reedereien betrieben. Im Jahre 1914 war das
Verhältnis 128 deutsche von 181 regelmäßigen Linien.
Nur ganz vereinzelt entdeckt das suchende Auge im un-
geheuren Hamburger Hafen die deutsche Flagge. Der britische
Hulk „Jad“ und das amerikanische Eisenbahn-
schiff „Holland“ sind die einzigen deutschen Schiffe, die
den Handel mit den Niederlanden und der
nordamerikanischen Länder.

Aber wenn irgendwo, so wird auch hier der führende
Weg zur Tat. Die deutsche Schiffahrt und hanseatische
Warenwelt sind nicht zu brechen. Man glaubte man jen-
seits des Kanals triumphierend über die Vernichtung des
deutschen Handels um das blaue Band des Ozeans auf-
zuatmen zu dürfen, da erlaubten sich die beiden größten
deutschen Schiffahrtsgesellschaften, die Hamburg-Amerika-
Reederei und der Norddeutsche Lloyd, der Welt ihre Wieder-
auferstehung anzukündigen. Amerikanischer Geschäftsplan und
amerikanischer Schiffbauverband haben sich deutscher
Organisationskunst und deutschem Schiffpersonal und
schlossen die bekannte amerikanisch-deutsche Schiffahrts-
Interessengemeinschaft. Wirklich „leben“ kann die deutsche
Schiffahrt aber erst, wenn sie wieder den eigenen guten
deutschen Wertes Material und Kohlen zur Verfügung
stellt, damit Schiffe gebaut werden können. Dann wird die
deutsche Handelsflotte wieder ihren Weg nach aufwärts
nehmen und von der heutigen 12. Stelle unter den je-
tzt lebenden Nationen wieder wenigstens an die dritte Stelle
gelangen.

Politische Vornamen.

Geschmacksverirrungen in bewegten Zeiten.

In der Schweiz, in Zürich, hat vor einiger Zeit ein
Ständebeamter sich geweigert, den Vornamen Lenin, den
ein Vater seinem neugeborenen Knaben beigelegt wissen
wollte, in das Geburtsregister einzutragen. Auf die von
dem Vater dagegen eingelegte Beschwerde hat die Aufsichts-
behörde dieser Tage die Handlungsweise des Beamten ge-
billigt. Die Gründe für diese Entscheidung verdienen auch
in Deutschland besondere Beachtung. Die Frage, ob ein
ungewöhnlicher Name als Vornamen zulässig ist, muß nach
Sitte und Gewohnheit unseres Landes beurteilt werden, be-
sagen die Gründe. Der Name Lenin ist als Vornamen un-
gebräuchlich. Außerdem aber bedeutet er eine voluminöse
politische Richtung. Ein derartiger Vornamen, durch den der
Vater seine Zuneigung für diese politische Richtung aus-
drücken will, kann dem Wohle des Kindes nachteilig und
dem Kinde selbst in späteren Jahren unerwünscht sein. Die
Eintragung des Namens Lenin als Vornamen ist daher mit
Recht abgelehnt worden.

So geschehen in der republikanischen Schweiz. Im
republikanischen Deutschland hätte das Verlangen des
Vaters, seinen Jungen Lenin zu nennen, erfüllt werden
müssen. Das Verlangen ist nicht außergewöhnlich. Ob es
aber Allgemeinwert ist, steht auf einem andern Blatt. Wie
so manches andere ist auch die Wahl der Vornamen er-
heblich der Mode unterworfen, und in bewegten Zeiten
steigt die Politik diese Mode stark zu beeinflussen. In der
großen französischen Revolution war es geraume Zeit hindurch
üblich, den Kindern absonderliche, an Tagesereignisse an-
knüpfende Vornamen beizulegen. Ein berühmtes Beispiel
dafür ist das Verfahren jenes Tallien, der sein Töchterchen
„Reinhold Thermidor“ nannte, weil er am 9. Thermidor
beim Sturz Robespierres entscheidend mitgewirkt hatte. Als
Napoleon Erster Konsul geworden war, machte er, um republi-
kanischen Kundgebungen entgegenzutreten, einer solchen Vor-
namenswahl ein Ende, indem er eine Verfügung ergehen
ließ, durch die nur die im Kalender stehenden Namen als
Vornamen für zulässig erklärt wurden. Diese Verfügung
hat in Teilen des linken Rheinufers noch bis in die neuere
Zeit hinein gegolten. Im übrigen Deutschland aber war
man in der Wahl der Vornamen ungebundener. Nach den
Verbreitungstendenzen kamen für Mädchen Vornamen wie
Mäccheline und Gneisenau auf. Die Umwälzungen von
1830 und 1848 bewirkten ähnliche Erscheinungen.
Deutsche Väter nannten ihre Söhne nach einem
französischen Dichter und Politiker Lamarque oder
nach einem oft erwähnten namhaften General Dem-

bunski, Politische, kriegerische und auch künstlerische Vor-
gänge — man denke an den Einfluß, den Richard Wagners
Schaffungen auf die Wahl der Vornamen ausgeübt haben
— führten auch weiterhin auf die Namensgebung ab.
Sozialdemokratische Väter schwärmten eine Zeitlang dafür,
ihre Töchter Bebeline zu nennen. Und wie jener Züricher,
so mögen gegenwärtig in Deutschland einzelne auch den
Namen Lenin als Vornamen für einen Jungen schön und
geeignet finden.

Ob dem Kinde mit einem ungewöhnlichen Vornamen
gedient ist, pflegen sich die Väter, die in solchen Namen
schwelgen, wenig oder gar nicht klarzumachen. Die Zahl
jener, die an ihrem Vornamen oder an einem ihrer Vor-
namen Anstoß nehmen und die deshalb ihrer Eltern wenig
liebend gedenken, ist sehr gering. Wie oft ist es nicht schon
bewiesen, daß ein Mann, den sein Vornamen zu einem
Anhänger einer bestimmten Partei zu stempeln schien,
politisch auf der entgegengesetzten Seite stand! In
derartigen Fällen ist der Vornamen mindestens un bequem,
und es ist gar nicht selten, daß ein solcher Vornamen von
seinem Träger mit einem anderen vertauscht wird oder daß
der Träger den Vornamen unkenntlich macht, indem er nur
den Anfangsbuchstaben gebraucht. Ferner sollten alle Väter
oder alle Eltern bei der Wahl der Vornamen berücksichtigen,
daß Kinder mit einem ungewöhnlichen Vornamen ihren
Allergeräten oft zum Geißel dienen. Ein Fischer, der
Samuel heißt, ein Schulze, der auf Casar oder Scipio
hört, wird von seinen Mitschülern verhöhnt. Warum ein
Kind einem derartigen Geißel aussetzen? Die Wahl der
Vornamen, so sehr sie der Mode unterworfen sein mag, will
mit Klugheit und mit Geschmack getroffen werden. Die
Politik verdirbt bisweilen den Geschmack. S.

Nah und Fern.

30 Dreißig Millionen Schaden beim Brand von
Döberitz. Das Großfeuer im Döberitzer Provinzialamt ist
auf Brandstiftung zurückzuführen. Der Schaden beträgt
rund dreißig Millionen Mark, da in den niedergebrannten
Baulichkeiten ungeheure Mengen Lebensmittel und Be-
kleidungsstücke, die für eine ganze Division ausreichend
waren, vernichtet wurden. Die Baulichkeiten nebst Inhalt
waren erst am 10. Oktober vom Reichswehrministerium der
Zivilverwaltung übergeben worden.

31 Klaviersteuer in der Provinz Sachsen. Der
Provinzialrat in Magdeburg hat entschieden, daß den Ge-
meinden in der Provinz Sachsen das Recht der Einführung
einer Klaviersteuer zustehe. Diese Steuer ist gar nicht so
übel erdacht.

32 Deutscher Marmor? In den Kalksteinbrüchen am
Rande der Stadt Eberfeld wurde ein Gelände von
3 1/2 Morgen Marmor gefunden, der in drei Schichten von
150 Meter Tiefe lagert. Nach dem Urteil von Sach-
verständigen handelt es sich um hochwertiges Marmor,
ähnlich dem von Carrara. Mit der Ausbeute befaßt sich
bereits eine Gesellschaft, die über erhebliche Mittel verfügt.

33 Fleischschmuggel von Bayern nach Preußen. Der
Fleischschmuggel von Bayern nach Norddeutschland nimmt
in Oberfranken außerordentlich zu. In den letzten Tagen
wurden im Spessartgebirge rund 800 Zentner Fleisch be-
schlagnahmt. Daß man nach Aufhebung der Zwangswirt-
schaft mit Fleisch auch von einem Fleischschmuggel innerhalb
Deutschlands reden kann, mutet etwas seltsam an.

34 Ein Denkmal des deutschen Vormarsches. Den
Kaiserblättern zufolge wurde auf dem Kirchhof in Lourdes
im Kanton Jura ein Denkmal errichtet, das die deutsche
Vormarschlinie darstellt, um diese Stelle als den weitesten
Punkt des deutschen Vormarsches von 1914 für alle Zeiten
zu kennzeichnen.

35 Das Rattenklopp. Der Dampfer „Leviathan“, früher
„Waterloo“, gerät immer mehr in traurige Verfallung
und nicht mehr aufzuhaltenden Verfall. Das Schiff ist eine
Heute unabsehbarer Rattenplage geworden, die infolge
Nahrungsmangels zum größten Teile tollwütig sind und
Mensch und Tier das Verbleiben auf dem Dampfer un-
möglich machen. Die lothbare Federleitung des
Dampfers ist überall angefressen und unbenutzbar gemacht.

36 Die Verabredung der Heiligen. Bei der Verabredung
des Sarges der Heiligen Elisabeth in der Elisabethkirche zu
Marburg haben die Diebe 100 Edelsteine und 12 Perlen
im Werte von zwei Millionen Mark erbeutet. Außerdem
wurden wertvolle Allgranarbeiten gestohlen. Der historische
Wert der Gegenstände ist sehr groß.

37 Ausdehnung der Heidebrände in Hannover. Die
großen Wald- und Heidebrände in der Lüneburger Heide
nehmen an Umfang noch zu. Jetzt wird wieder von Bränden
berichtet, die einen Umfang von 2100 Morgen haben. Es
sind große Plutzholzbestände vernichtet worden.

38 Der Paulinenschmuck und der Fürst von Lippe.
Wegen den vor einiger Zeit erfolgten Verlust des sogenannten
lippischen Paulinenschmucks, der für 800 000 Mark in den
Besitz eines Berliner Juweliers übergegangen ist, hat der
ehemalige Fürst von Lippe beim Landespräsidium von Lippe
Verwahrung einlegen lassen. Das Landespräsidium hatte
den Testamentsfall für gegeben erachtet, wonach der Schmuck
veräußert werden kann, wenn kein rechtmäßiger Erbe mehr
vorhanden ist.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Revolutionsfeier in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 8. November. (tu.) Die Sozial-
demokratische Partei beging den Jahrestag der Revolution.
Es wurde eine Feier im Schumann-Theater abgehalten,
worauf sich ein großer Zug nach dem Hofplatz anschloß.
Der Reichstagsabgeordnete Kaiser teilte in seiner Rede
u. a. mit, ein Geschenk würfe liegen, wonach der Rechts-
fundament für einzelne Berufsgruppen abgelehnt werden
soll. Dieser Entwurf sehe eine Arbeitszeit bis zu 11 Stunden
vor. Die Feier verlief ohne Störung, desgleichen die Fest-
versammlung der Linken der U. S. P. und der
Kommunisten in verschiedenen Stadtteilen.

Bürgerlicher Sieg in Jena.

Jena, 8. November. (tu.) Durch die gestern statt-
gefundenen Gemeinderatswahlen, in der die Hälfte der
Gemeinderatsmitglieder neu gewählt wurden, ist die bis-
herige sozialdemokratische Mehrheit gestürzt worden. Der
Gemeinderat setzt sich wie folgt zusammen: Bürgerliche
Fraktion 15 Mandate, früher 12, Demokraten 6, früher 7,
Mehrheitssozialdemokraten 14, früher 16, Neu-Kommun-
isten und Kommunisten 5 Mandate. Die Rechte der
U. S. P. hat kein Mandat erhalten. Sie hatte vor der
Spaltung 5 Siege inne, während die Kommunisten im
Rathaus bisher nicht vertreten waren.

Sozialisierungsbestrebungen in der Tschechoslowakei.

Prag, 8. November. (tu.) Die tschechischen Rechts-
sozialisten haben drei große Gesekentwürfe eingebracht

und zwar über die Sozialversicherung, über Enteignung
und Sozialisierung der Bergwerke und Arbeiterverträge.
Nach dem zweiten Entwurf sollen alle Unternehmungen
zur Kohlenförderung mit den Neben-Unternehmungen
an den Staat übergehen, welcher sie durch eine besondere
staatliche Bergwerksgenossenschaft betreibt. Organ der-
selben sind Kohlenrat und Kohleninspektion unter Mit-
wirkung von Mitgliedern der Arbeitergruppe, Angestellten-
gruppe, Zentralkorporation der Verbraucher und der
Nationalversammlung sowie der Ministerien.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 8. November 1920.

— Keine Abstempelung des Papiergeldes. Aus der
Nachrichtenseite der Staatskanzlei wird uns geschrieben:
Es ist beobachtet worden, daß manche Landwirte ihre
Kartoffeln lediglich zurückhalten, weil sie eine Abstempelung
unseres Papiergeldes fürchten. Es handelt sich dabei um
ein außerordentlich reiches Gerede. Darnach soll die Reichs-
regierung planen, den Nennwert des Papiergeldes durch
Abstempelung, beispielsweise um die Hälfte, herabzusetzen.
Wie zuverlässig mitgeteilt werden kann, besteht ein solcher
ungeheurer und sinnloser Plan nur in den Köpfen einiger
Phantasten. Ernsthafte läßt er sich nicht einmal erderten. Auch
der Berliner Bankiertag hat ihn mit einem Achselzucken
abgetan. Schon eine oberflächliche Ueberlegung zeigt, daß
unseren wirtschaftlichen Nöten mit finanziellen Kunst-
stücken überhaupt nicht beizukommen ist und daß eine Ab-
stempelung der ungeheuerlichen Menge des umlaufenden
Papiergeldes schon rein äußerlich kaum durchführbar wäre.

— Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonnabend
im „Adler“ eine öffentliche Wählerversammlung ab, für die
einer der besten Redner Sachsens, Herr Schriftsteller Berger,
Dresden als Referent gewonnen war. Litten die Versamm-
lungen aller Parteien bisher mehr oder weniger unter
schwachen Besuchen, so stand bedauerlicherweise diese Ver-
sammlung besonders unter dem Zeichen der Versammlung-
müdigkeit. Wie Herr Stadtrat Schlichenmaier als Vor-
sitzender, so bedauerte auch der Referent diese Teilnahms-
losigkeit aller Kreise, die den Ernst der Lage nicht begreifen
wollten und die Bedeutung der Landtagswahlen unter-
schätzten. Sei auch die politische Führung in die Hand
des Reiches übergegangen, es blieben den Ländern noch
viel wichtige Aufgaben, deren Lösung nur durch das Zu-
sammenarbeiten aller Volkskreise gelöst werden könnten:
Grundlagen des Wirtschaftslebens, Finanzgebarung, kulturelle
Fragen. So wie sich das sächsische Volk jetzt bette, werde
es in Zukunft schlafen. Die jegliche Wahl sei von ent-
scheidender Bedeutung für die Frage, ob wir in den nächsten
10 Jahren zu einer Konsolidierung der Verhältnisse kämen.
Wer jetzt wahlmüde sei und die drei Minuten zur Stim-
mabgabe nicht aufbringe, werde dann 3 bis 4 Jahrzehnte ver-
gebliche Klagen führen. Deshalb müsse mit aller Kraft da-
für gesorgt werden, daß das Bürgerum am 14. November
geschlossenen zur Wahlstätte schreite. Der Redner kam dann
auf die vergangene Volkskammeression zu sprechen. So wie
in der Regierung habe auch in der Kammer die Sozial-
demokratie einseitig die Macht gehabt und diese Macht
mißbraucht; in den letzten Tagen erst wieder durch Ge-
klärung des 9. November zum Feiertag. Das habe große
Erbitterung in den Kreisen derer erweckt, die die Revolution
als nationales Unheil, den 9. November als Trauertag an-
sehen. Habe in Fragen der Verwaltung der Mißbrauch
der parteipolitischen Machtstellung schon schwere Folgen
zu werben er in Fragen der Volkswirtschaft verhängnisvoll.
Die letztere sei an einem gewissen Gefahrenpunkte angelangt.
Die sächsische Regierung habe nicht verstanden, den wirt-
schaftlichen Aufbau vorzubereiten. Arbeitslosigkeit und
Wohnungsnot seien nirgends so groß wie in Sachsen. Die
wirtschaftliche Not sei nicht nur eine Kohlen- und Rohstoff-
not, sondern durch die katastrophale Entwertung des Geldes
auch eine Geldnot, die sachmännischer Prüfung bedarf. Vor
allem müsse man verhindern, unsere Wirtschaft auf vorgefaßten
politischen Theorien aufzubauen. Die volkswirtschaftliche An-
schauung, erst alles zu zerklagen und dann von Grund
auf neu zu bauen, sei ein Fehlwahn. Ebenso gefährlich
sei eine andere Theorie: der Haß des Klassenkampfes. Wenn
es nicht gelänge, den Klassenkampf beiseite zu stellen, könne
aus dem Wiederaufbau niemals etwas werden. Auch mit
dem Schlagwort Sozialisierung werde immer wieder frivol
gespielt lediglich um eines Prinzips willen. Die Deutsche
Volkspartei sei durchaus kein Gegner der Sozialisierung,
aber sie verlange Entscheidung darüber von Fall zu Fall.
Beide der Nachweis erbracht, daß die Produktion in einem
Betriebe und die Lebensweise der darin beschäftigten Ar-
beiter und Angestellten gehoben werde, dann könne soziali-
siert werden. Die Frage der Arbeitslosen sei nur zu lösen
durch Arbeit. Vor allem müßten mehr Kohlen gefördert
werden. Um der Wohnungsnot abzuhelfen, sei um die
Mietsteuer kaum herumzukommen, aber damit müsse ein
Höchstmietengesetz Hand in Hand gehen. Schließlich kam
der geschätzte Redner auf das Verhältnis Sachsens zum
Reich zu sprechen, forderte eine stärkere Interessensvertretung
Sachsens durch tüchtige, fach- und sachkundige Männer in
den Berliner Zentralstellen, die Befegung aller verantwort-
lichen Beamtenstellen mit Leuten, die man nicht nach dem
parteipolitischen Glaubensbekenntnis fragt, sondern aus-
schließlich darnach auswählt, ob sie in ihrem Fach etwas
tätiges leisten. Im Gegenzug zu den Parteien der Linken
bringe die Liste der Deutschen Volkspartei die besten Kenner
auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Darum könne
und müsse es am 14. November heißen: „Wählt Liste
Blüher!“ Reichler Beifall ward dem Referenten für seine
Ausführungen zu teil, den Herr Stadtrat Schlichenmaier
durch Worte des Dankes besonders Ausdruck gab. Eine
Ausprache wurde nicht begehrt.

— Beilage. Der heutigen Gesamtauflage unserer
Zeitung liegt ein Wahlflugblatt der Deutschnationalen
Volkspartei, betitelt: „Zur Landtagswahl“, bei.

— Der Rückgang der Erwerbslosenziffern in
Sachsen. Die Zahl der Erwerbslosen betrug am
1. Oktober 71 080 männliche und 37 748 weibliche Erwerbs-
lose. Am 15. Oktober wurden 68 197 männliche und
34 879 weibliche Erwerbslose gezählt.

— Die Reichsbehörden „feiern“ den 9. November nicht. Auf eine Anfrage hat das Reichskabinett beschlossen, daß am 9. November in den Reichsbetrieben und -behörden nicht gefeiert wird.

— **Abwanderung von Industriearbeitern in die Kohlengebiete.** Der Andrang von Arbeitskräften in den sächsischen Kohlenrevieren ist außerordentlich stark. Von einem Arbeitermangel kann nicht mehr die Rede sein, teilweise besteht schon ein Ueberangebot an Arbeitskräften. Die Abwanderung nach den Kohlenrevieren ist nunmehr so groß geworden, daß in manchen Industrien bereits ein empfindlicher Mangel an Arbeitern zu spüren ist und es schwer fällt, besonders gelernte Arbeiter zu bekommen.

— **Aufhebung der Bewirtschaftung von Salz, Soda, Kristallsoda, Aquatron, Natrium und Pottasche.** Die Aufhebung der Bewirtschaftung vorstehend angeführter Stoffe mit Wirkung ab 1. November ist vom Reichswirtschaftsministerium verfügt worden. Die Zentralfelle für Natrium und Soda sowie die ihr unterstehenden Verteilungsstellen haben infolgedessen ihre Tätigkeit eingestellt. Die Verbraucher müssen sich künftig unmittelbar an die in Frage kommenden Erzeuger und Händler wenden. Soweit für die Periode November-Dezember bereits Bezugsscheine ausgestellt sind, werden diese den Lieferanten nach Möglichkeit als Unterlage für die Belieferung dienen. Die Abwicklungsstelle der aufgelösten Zentralfelle ist auf Wunsch bereit, in Einzelfällen, wo der Bezug von Ware Schwierigkeiten machen sollte, zu vermitteln. Das Sodaindikat wird beibehalten, die lebenswichtigen Betriebe bevorzugt zu beliefern. Auch der Handel hat sich in gleicher Weise verpflichtet. Bezüglich der Ein- und Ausfuhr bleibt es bei der bisherigen Regelung. Aus- und Einfuhr der genannten Stoffe kann nur erfolgen auf Grund eines Erlaubnisscheines der Außenhandelsstelle Chemie in Berlin. Für Soda und Aquatron wird eine Ausfuhrerlaubnis vorderhand grundsätzlich nicht erteilt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die in Frage kommenden Stoffe nach wie vor Gegenstände des täglichen Bedarfs bleiben und den Bestimmungen über Schleichhandel und Breitreiber unterliegen, die gegen Kettenhandel, wucherische Preisbildung, Verschlebung ins Ausland usw. empfindliche Strafen androhen.

— **Kriegsgräberfürsorge.** Trotz der schlechten Finanzlage des Reiches ist die Reichsregierung bemüht, den Kriegsgräbern des Weltkrieges eine einfache, aber würdige dauernde Pflege zuteil werden zu lassen. Es wird hierbei kein Unterschied zwischen deutschen und fremden Soldaten gemacht. Jedes Grab hat ein Grabzeichen erhalten. Ausgeworfen sind über fünf Millionen Mark für die Instandsetzung der Gräber und den Erwerb des Grund und Bodens. In Deutschland ruhen 80 000 Deutsche und 19 000 Russen, ferner 30 000 verlorbene Kriegsgefangene. Die geringe Zahl der verstorbenen Gefangenen ist der beste Beweis für die gute Behandlung Kriegsgefangener in Deutschland, wenn man bedenkt, wie hoch die Zahl der Gefangenen und die Sterblichkeitsziffer in Entenlagern gewesen ist.

— **Leuerungszuschläge unpfändbar.** Kriegsbekanntlich und Leuerungszuschläge unterliegen nach einer Bestimmung vom Mai 1918 nicht der Pfändung. Nach einer Mitteilung des Reichsministers der Justiz ist einweilen der Standpunkt zu vertreten, daß dies auch auf die Leuerungszuschläge des neuen Befolgungsgegesetzes anzuwenden ist. Diese dienen gegenwärtig lediglich der Ausgleichung der augenblicklichen Leuerung, die durch den Krieg hervorgerufen ist und durch den Friedensvertrag noch weiter gesteigert wird. Trotz des Friedensschlusses muß diese Leuerung als Kriegsteuerung im Sinne jener Bestimmung angesehen werden. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und der vorausgegangenen Entwicklung bis zum Friedensschluß handele es sich um eine einheitliche wirtschaftliche Erscheinung. Endgültig muß die Frage aber von den Gerichten entschieden werden.

— **Die Abfindung der sächsischen Krone.** Die Arbeiten über die Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen sächsischen Königshaus sind nunmehr soweit gediehen, daß die verabschiedenden Besprechungen mit dem Reichsvertreter des Königs Friedrich August beginnen können. Diese Auseinandersetzungen waren deswegen besonders schwierig, weil die privatrechtlichen und staatlichen Ansprüche auf die vielen Sammlungen, auf die Gemäldegalerie, das Grüne Gewölbe usw. geklärt werden mußten. Dem neuen Landtag dürfte bald nach seinem Wiederzusammentritt die Regierungsvorlage hierüber zugehen.

— **Die Zahl der Staatsangestellten in Sachsen.** In den staatlichen Betrieben und in der staatlichen Verwaltung Sachsens werden, wie aus Dresden berichtet wird, 125 000 Personen beschäftigt. In den Betrieben und in der Verwaltung der Gemeinden 47 360 Personen. Hierzu kommen noch rund 15 600 männliche und weibliche Lehrkräfte an den höheren Volksschulen, rund 2500 Lehrkräfte an den höheren Lehranstalten, Hoch- und Fachschulen, sowie 6500 Personen, die in den der Gemeinwirtschaft zuzuzählenden Genossenschaften beschäftigt werden. Insgesamt werden also in den öffentlich-rechtlichen Unternehmungen, Anstalten und Verwaltungskörperschaften und in den Genossenschaften Sachsens dauernd 198 850 Personen beschäftigt, die mit ihren Angehörigen einen Bevölkerungsfreis von 726 000 Köpfen umfassen. Das ist der 6. Teil der Bevölkerung.

— **Briesnitz.** Nächsten Sonntag vollenden sich vierzig Jahre, daß Pastor Laible an der hiesigen Kirche seines Amtes in Treue waltet. Der geschätzte Geistliche wird sich nächsten Sonntag von seiner Gemeinde verabschieden. Als Nachfolger für Pastor Laible ist der aus Südböhmen vertriebene Pastor Michel gewählt worden.

— **Dresden.** Die hiesige freie sozialistische Jugend hatte für Sonntag vormittag zu Kundgebungen für die russische Revolution und zur Demonstration aufgerufen. Die geplante Versammlung fand im Künstlerhaus statt. Im Anschluß hieran bildeten die Teilnehmer vor dem Künstlerhaus entgegen dem Verbot des Polizeipräsidenten einen geschlossenen Zug. Da die Demonstranten der mehrmaligen ausdrücklichen Aufforderung der Polizei, sich zu zerstreuen nicht Folge leisteten und einige Teilnehmer verhaftet werden sollten, Widerstand leisteten, wurde der Zug von den Polizeimannschaften auseinandergetrieben.

— **Dederan.** Am Sonnabend abend in der 8. Stunde kam auf dem Heimwege nach ihrer im Ortsteil Neuhohenlinde gelegenen Wohnung die 77 Jahre alte Gattin des früheren Landesscharführers Brand im dichten Nebel vom Feldweg ab, fiel in den nahe ihrer Wohnung befindlichen Teich und ertrank.

— **Ghemnig.** Von dem in Aussicht genommenen Transport amerikanischer Milchläche nach Deutschland soll auch unsere Stadt 30 bis 40 Stück bekommen. Der Preis dafür beträgt für das Stück etwa 6 bis 7 000 Mk. einschließlich der Transportkosten. Die städtischen Kollegien bewilligten dazu 300 000 Mk. Die Verteilung der Milch wurde dem Jugend- und Wohlfahrtsamt übertragen.

— **Leipzig.** Donnerstag abend ist bei dem Gutsbesitzer Görner eingebrochen worden. Es wurden die Kleiderschränke ausgeräumt, mehrere Anzüge, Schuhe, Utensilien nebst den in den Schränken enthaltenen Gegenständen gestohlen. Dem einen Sohne wurden sämtliche Sachen bis auf die Arbeitskleidung, die er anhatte, entwendet.

— **Waldenburg.** Infolge der schlechten Finanzlage der Stadt müssen zur Dedung der haushaltsplanmäßigen Fehlbeträge die Grundsteuer, die Hundsteuer und die Mietssteuer in doppelter Höhe, sowie der Wasserzins in fünffacher Höhe der bisherigen Sätze erhoben werden.

— **Grimma.** Der Brand im Nounhofer Staatsforstrevier wird durch den anhaltenden starken Wind immer wieder angefaßt; die ziemlich mächtige bemooste Bodenschicht ist derart ausgeirrt, daß der Brandherd weiterglimmt. Bis jetzt sind durch das Feuer schätzungsweise 130 000 Quadratmeter Waldbestand vernichtet worden. Es liegen nähere Verdachtsgründe wegen Brandstiftung vor; als Täter kommt ein etwa 20-jähriger Mann in Frage, der sich an der Brandstelle zu schaffen gemacht hat.

Briefkasten.

— **G. B. Wilsdruff.** Nach einem Entscheid des Landgerichts Bochum gehört auch der entgangene Arbeitsverdienst der unehelichen Mutter zu den Schwangerschaftskosten, die der Vater des unehelichen Kindes zu bezahlen verpflichtet ist.

— **Gutsbel. W. in S. (10 Mt.)** Die absolute Brennkraft beträgt bei Anthrazit 8—9000 Wärmeeinheiten, Steinkohle 7—8000, Holzkohle 7000, Rots 6—7000, Braunkohle 5—6000, Torf 4—6000, Holz (lufttrocken) 3000, Spiritus 6800, Benzin 10000, Petroleum 10200, Gas 11—12000. Der praktische Heizwert wird angegeben mit 4—5000 Kalorien bei Anthrazit, gute Steinkohle 3500, Holzkohle 3500, Rots 4000, Braunkohle 2500, Torf 2000, Holz 1800, Spiritus 6000, Benzin 10000, Petroleum 10000, Gas 11000 Kalorien. Die verhältnismäßige Brennkraft der verschiedenen Hölzer bei gleichem Volumen in Prozenten ausgedrückt ist die folgende: Rotbuche 100 Proz. (also 3000 bez. 1800 Wärmeeinheiten), Weißbuche 99, Eiche 97, Fichte 96, Ulme und Ahorn 91, Birke 82, Tanne 68, Kiefer 67, Pflaume, Lärche, Erle und Linde 65, Aspe 63, Pappel und Weide je 60 Prozent. Ein Kubikmeter Braunkohle hat also ungefähr 2mal soviel Heizkraft als 1 kg Holz und 1 kg gute Steinkohle 2 $\frac{1}{2}$ mal soviel. — Den beigefügten Beitrag von 10 Mt. überreichen wir wie alle Beiträge des Briefkastens der hiesigen Zeitschrift für Zwecke der Milchpflege. Herzlich Dank und Gruß!

— **L. in Grumbach.** Um Möbel blank zu reiben, mischt man ein Teil Wasser, ein Teil Spiritus und ein Teil Petroleum und schüttelt vor jedem Gebrauch, bis die Mischung milchig aussieht. Es darf nur sehr wenig davon auf einen Lappen genommen werden und man muß bis zur völligen Trockenheit nachreiben; erzielt dann aber einen schönen, hohen Glanz.

— **D. in Klipphausen.** Der saule Geschmack Ihres Brunnenwassers rührt wahrscheinlich von Eisengehalt her. Dieser ist nicht weiter gesundheitsschädlich. Wenn Ihnen der Geschmack unangenehm ist, so können Sie ihn verdecken, indem Sie dem Wasser etwas Pfefferminzöl zusetzen. Dessen bereitet man durch Ausziehen feingehackter Blätter von Krausemünze mit Weingeist. Auch Zuhalten der Nase beim Trinken läßt den Geschmack wenig oder garnicht bemerkbar werden.

Klavierstimmer Baumgarten kommt!
Meldungen bei Stadtmusikdirektor Kömisch.

Sozialdemokr. Partei

Lehrer Marx spricht

Mittwoch, 10. Nov., abends halb 8 Uhr im Gasthof zur Krone in Kesselsdorf

über: „Die Kulturpolitik in Sachsen und der neue Landtag.“

Wähler u. Wählerinnen von Kesselsdorf u. Umgegend, erscheint vollzählig in dieser wichtigen Versammlung.

Röhrsdorf (Gasthof Rnath)

Deffil. Wählerversammlung

Dienstag den 9. November abends halb 8 Uhr.

Redner: Domprediger Schönknecht

„Zur Landtagswahl.“

Freie Aussprache.

Deutschnationaler Volksverein
im Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff.

Gasthof Goldener Löwe.

Mittwoch den 10. November

Großes Doppelkonzert

der Kapelle des ehemaligen Schützen-Regt. Nr. 108 und der hiesigen Stadtkapelle. Leitung: Kgl. Musikdir. A. Helbig und Städtischer Musikdir. E. Kömisch.

Feingewähltes Programm.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 2,75 Mk. mit Programm.
Nach dem Konzert feiner Ball (doppeltstündig).
Hierzu ladet freundlichst ein Curt Schöffner.

Familien-Drucksachen

als: Besuchskarten, Verlobungs- und Vermählungs-Anzeigen, Trauerbriefe, Dankfagungen, Briefbogen usw. liefert
:: in geschmackvoller Ausführung ::
Buchdruckerei Arthur Ischunke.

Sängerkranz.

Heute 8 Uhr Singstunde.
Der Vorstand.
Sund zugelaufen
Herzogswalde Gut Nr. 48.

Frostheil in Luben

Cosmetikum,

bei Frostbeulen von sicherer Wirkung. Zu haben:
Drogerie Paul Klebsch.

Erbgerichtsgasthof Herzogswalde.

Donnerstag den 11. November abends 1/8 Uhr

Groß. Kirnmes-Konzert

von der beliebten Dresdner Künstler-Kapelle.
Leitung: Oswin Jäpel. Feines Programm.
Nachdem Feiner Ball.
Um gütigen Zuspruch bitten D. Jäpel, M. Täubrich.

Wiederverkäufer und Händler kaufen

Gendertuche, Blanddruck, Buntdruck, Schürzenstoffe, Varsent weiß und bunt, Fancy, Rodolour, Bettuchdantles, Jaleit, Futterhosen, Normalhemden, Bettlügen in allerbesten Qualitätsware staunend billig bei
Stephan Zeimann, jr., Dresden,
Webergasse 1 II.